

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 09 86 846 pabn d.



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB verurteilt die Exportgenehmigung für U-Boote nach Chile: Wohlwollen für eine Militärdiktatur.

Seite 1

Ulrich Steger MdB schildert und wertet seine Eindrücke von dem amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Gary Hart: Hoffnung für das liberale Spektrum.

Seite 3

Dokumentation

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt hat den Oberbürgermeister und den Gemeinderat des hessischen Ortes Oberaula aufgefordert, das Treffen der SS-Division "Totenkopf" zu verhindern. Wir dokumentieren ihren Brief.

Seite 5

39. Jahrgang / 58

22. März 1984

U-Boote für Chile genehmigt

Die Bundesregierung unterstützt ein Regime, das nur durch Folter und Mord an der Macht bleibt

Von Ernst Waltemathe MdB

Gestern Abend wurde die Exportgenehmigung nach Chile für zwei in Kiel gebaute U-Boote erteilt. Während Heiner Geißler große Sprüche über die Solidarität der Bundesregierung für die demokratischen Kräfte in dem lateinamerikanischen Land klopft und Staatsminister Möllemann die "Sorgen der Bundesregierung über die kontinuierlichen Menschenrechtsverletzungen in Chile" wiederholt zum Ausdruck bringt, erhält die chilenische Militärdiktatur diese klare Bestätigung des Wohlwollens der bundesdeutschen Regierung.

Es geht nicht darum, daß die U-Boote gegen die chilenische Bevölkerung eingesetzt werden, obwohl die Umfunktionalisierung von Schiffen in Folterzentren unter dem gegenwärtigen Regime nicht unbekannt ist, wie die zahlreichen Folteropfer auf der "Esmeralda" nach dem Putsch bestätigen könnten. Es geht darum, daß die Regierung unseres Landes ein Regime unterstützt, das nur durch Unterdrückung, Folter und Mord an der Macht bleibt.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Förderer/Unterstützer
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes
Recycling-Papier



Daß die Bundesregierung dem chilenischen Regime ein weiteres Anerkennungszeichen gegeben hat, indem Entwicklungshilfe-Minister Jürgen Warnke den chilenischen Finanzminister Carlos Cáceres am 15. März empfing, weiß kaum jemand in der Bundesrepublik. Minister Cáceres hielt sich weitgehend versteckt in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Gastgeber haben dafür gesorgt, daß zu seiner Pressekonferenz am 16. März in Frankfurt außer zwei Presseagenturen lediglich die konservative "Frankfurter Allgemeine Zeitung" eingeladen wurde. War der Grund hierfür etwa, daß es sowohl den Chilenen als auch der Bundesregierung bekannt ist, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung alle Unterstützung für die chilenische Diktatur energisch ablehnt?

Entwicklungshilfe wurde allerdings anscheinend nicht bewilligt, da Herr Cáceres es für notwendig gehalten hat zu versichern, daß Chile Entwicklungshilfe im "traditionellen" Sinne nicht brauche. Da der chilenische Staat fast alle Verantwortung für das Wohlbefinden seiner Bevölkerung abgelegt hat, kann man sich in der Tat vorstellen, daß das Regime mit Entwicklungshilfe nicht viel anfangen könnte.

Inzwischen wird die Situation in Chile immer bedrohlicher. Die Opposition befürchtet eine Welle von Unterdrückung. Jorge Lavandero, der christdemokratische Leiter des Oppositionsbündnisses PRODEM ist vor einigen Tagen von 15 "Zivilisten" zusammengeschlagen und bewußtlos auf der Straße liegen gelassen worden. Dr. Almeyda, Vorsitzender der Linken Demokratischen Volksbewegung befindet sich seit Ende Februar in Haft und dem gewerkschaftlichen Oppositionsführer, Rodolfo Seguel, ist das Recht auf seine gewerkschaftliche Tätigkeit abgesprochen worden.

Alle Fakten weisen also darauf hin, daß die verstärkte deutsch-chilenische Kumpanei aus moralischen wie politischen Gründen zu verurteilen ist. (-/22.3.1984/ks/rs)

+ + +



Gary Hart - ein neuer "Kennedy" aus Colorado?

Ein Wahlkampf zwischen "new issues" und Starrummel

Von Ulrich Steger MdB

Zukunftsorientierung als Schlüssel zum Erfolg - dies ist nach meiner Teilnahme an Gary Harts Wahlkampagne, vielen Diskussionen mit seinen Freiwilligen, seinem Stab, seinen Kollegen und Journalisten wie mit "normalen" Bürgern meine Interpretation für Harts überraschenden Erfolg. In vielen Punkten knüpft Hart dabei mit seinem neuen Ansatz für die Zukunft an Stil und Inhalte von J.F. Kennedy an, ohne ihn zu imitieren. Dazu sind seine Herkunft wie die Situation zu verschieden. In den nun massenhaft verbreiteten Broschüren vergißt Hart nie zu erwähnen, daß sein Vater in Kansas so wenig verdiente, daß seine Mutter auch arbeiten und er sich sein (Provinz)-College-Studium als Bahnarbeiter verdienen mußte. Unbestreitbar ist sein Charisma auf den Versammlungen, die - verglichen mit dem Bierernst der deutschen Politik - oft mehr Karnevals-Charakter haben. Aber er wirkt bei seinen öffentlichen Auftritten etwas ernster als Kennedy und immer bemüht, seine Politik als Einladung zur Mitarbeit aller Amerikaner guten Willens zu betonen. Dies erklärt vielleicht auch die unglaubliche Motivation vieler Freiwilliger - zusammen mit seinem Plädoyer für eine größere politische Moral und Ehrlichkeit, verbunden mit seiner betonten Absage an "spezielle Interessen" und Verzicht auf ihre finanzielle Unterstützung.

Aber sein Appell gegen Egoismus und Selbstsucht (als Werk der Reagan-Politik, die "What's in it for me?"-Mentalität) hat deutliche Anklänge an Kennedy's: "Fragt nicht, was das Land für Euch tun kann, sondern was Ihr für Euer Land tun könnt!" Harts Formulierung heute: "1980, fragte Ronald Reagan: Geht es Euch besser als vor vier Jahren? 1984 stelle ich die einfache Frage sehr viel anders: Sollen wir uns alle zusammen bemühen, die Probleme unseres Landes zu lösen, so daß wir vier Jahre später alle in einem besseren Land und einer sichereren Welt leben können?"

Und Senator Chris Dodd, Harts wohl engster Freund im Senat und möglicher Vize-Präsidenten-Kandidat, erinnerte ausführlich an seine Mitarbeit in Kennedys Friedenskorps, als er in seinem Staat vor einer jubelnden Menge seine Unterstützung für Hart bekannt gab: Das Bild eines Amerika, das freiwillige Helfer statt Soldaten nach Zentralamerika schickte und die armen Gebiete des eigenen Landes entwickelte, statt das Geld in Steuergeschenke für die Reichen und einen enormen Rüstungsaufbau zu verschleudern. Denn: "at that time we felt good at our country" (ein fast nicht übersetzender Satz, der jene unnachahmliche Mischung aus amerikanischem Selbstbewußtsein, Patriotismus und gleichzeitiger Sehnsucht nach Anerkennung widerspiegelt).

So ist denn auch die Wahlentscheidung '84 keine gewöhnliche, normale - "1984 is a watershed-year". Es ist die Entscheidung, ob Amerika "bei dem Versuch eine Vergangenheit, die es nur auf dem Zelluloid-Streifen gab, wieder herzustellen, im Mahlsand versinkt oder ob dieses Land vorwärtsght - mit neuen Ideen für die Verwirklichung der alten amerikanischen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und einer neuen Führung". (Das Wort "leader" übersetze ich nur ungern ins Deutsche).

Die alte Mannschaft der Demokraten mit ihren Vorstellungen und ihrem Stil aus den 60er Jahren ist nach Harts Urteil nicht in der Lage, gegen Reagan zu kämpfen.

Noch etwas losgelöst von der Grundsatzdiskussion um neue Politikansätze und den Führungsanspruch der Nachfolger-Generation beginnt die praktische politische Diskussion der Positionen von Hart. Schaut man sich die "issues" im einzelnen an, so finden europäische Beobachter wenig völlig Neues (außer einer für amerikanische Verhältnisse beeindruckenden Klarheit), aber viel Sympathisches für den nicht kon-



servativen Teil unserer Gesellschaft: starke Verpflichtung zur Rüstungskontrolle, verbunden mit einem Produktionsstopp der MX-Rakete und des B 1-Bombers, Anhebung der konventionellen Kampfkraft durch bessere Ausbildung, verlässlichere Waffensysteme und so weiter, Beschäftigungsprogramme für Umweltschutz und Energieeinsparung, eine vorausschauende Industriepolitik zusammen mit Unternehmern und Gewerkschaften, größere Investitionen in Fortbildung und Umschulung von Arbeitskräften, Gleichberechtigung der Frau, Entbürokratisierung des Sozialsystems.

Vielleicht bin ich etwas voreingenommen: vieles liest sich tatsächlich so wie eine gelungene Übersetzung von SPD-Papieren (und so verschieden ist die Diskussion in der Demokratischen Partei und der SPD ja auch nicht).

Gestützt wird diese Vorschlagsliste durch ein konsequentes "Anti-Reagan-Abstimmungsverhalten", wie es sonst nur wenige demokratische Senatoren aufweisen: Hart hat gegen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Administration gestimmt, war gegen Grenada und Libanon sowie gegen die meisten strittigen Militärprojekte und für die "Freeze-Resolution".

Es ist absolut verfrüht, schon jetzt über die Politik einer "Hart-Administration" zu spekulieren. Noch ist das Rennen nicht entschieden und, wie das Beispiel Harts ja selber zeigt: amerikanische Politik ist immer für Überraschungen gut. Und wenn Hart nominiert ist, muß er die Unterstützung der Gewerkschaften gewinnen (wenn nicht der historische Fehler von 1972 wiederholt werden soll, als die Gewerkschaften Mc Govern - mit seinem Wahlkampfleiter Gary Hart - nicht unterstützten). Dies kann Einfluß auf seine marktwirtschaftliche, Freihändlerische Position haben. Keiner weiß wirklich, wie sich die Sowjets gegenüber den Abrüstungs-Angeboten einer neuen US-Regierung verhalten werden (die Erfahrungen der Carter-Administration mahnen zur Vorsicht).

Aber eines ist sicher: auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen wird das gestiegene Gewicht Gary Harts positiv wirken. Nicht nur, daß es zeigt, wie ähnlich das politische Spektrum gerade in der Bundesrepublik und in den USA geworden ist. Viele, gerade jüngere Menschen werden erleichtert feststellen, daß ihre Ideen, Besorgnisse und Hoffnungen, gerade auch im außenpolitischen Bereich, im politischen System der USA repräsentiert sind und kräftig artikuliert werden. Daß USA nicht gleich Reagan ist - allein die glaubwürdige Vermittlung dieser Erfahrung wird viel von den gegenwärtigen Frustrationen nehmen, die leicht in Aggressionen umschlagen und dann als "Anti-Amerikanismus" ausgelegt werden.

Auch wenn ich nicht der unbefangenste Beobachter bin: Gary Harts Erfolg ist daher nicht nur ein Stück Hoffnung für das liberale Spektrum in Amerika.

(-/22.3.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt MdB, hat den Bürgermeister von Oberaula und den Gemeinderat des in Hessen gelegenen Ortes aufgefordert, das für Ende des Monats geplante Treffen der SS-Division "Totenkopf" zu verhindern. Wir veröffentlichen ihren Brief im Wortlaut.

SS-Treffen wäre eine Verhöhnung der Opfer der Nazi-Diktatur

Die Gemeinde Oberaula ist auf dem besten Wege, eine ähnlich traurige Berühmtheit zu erlangen, wie sie in den zurückliegenden Jahren beispielsweise Bad Hersfeld erlangt hat als ein Tummelplatz für Nazis, Neonazis und andere Gesinnungsfreunde der Ewig-Gestrigen.

Doch während in Bad Hersfeld mittlerweile keine Zusammenkünfte ehemaliger SS-Angehöriger mehr gestattet werden, und auch Städte wie Nassau/Lahn, Altenkirchen und Arolsen solche Treffen in der Zwischenzeit unterbunden haben, soll nach dem Willen der CDU-Mehrheitsfraktion Ihrer Gemeinde vom 30. März bis 1. April 1984 zum dritten Mal hintereinander wieder die "Urlaubergemeinschaft Ilmensee" gemeindeeigene Räumlichkeiten nutzen können für ein Traditionstreffen.

Alle Demokraten in unserem Land können hierauf nur noch mit Unverständnis und Abscheu reagieren, kennen doch auch Ihre Gemeinderäte seit langem die wahre Identität dieser als "Urlaubergemeinschaft" getarnten ehemaligen 3. SS-Panzerdivision "Totenkopf" und wissen von deren Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Dritten Reich (zum Beispiel bei der Zerstörung des Warschauer Ghettos).

Es ist eine in meinen Augen widerliche Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, daß ihre Gemeinde sich trotz dieses Wissens dazu hergibt, ein solches Treffen einer Organisation, die sich als "Orden und politische Armee der NSDAP" verstand, zu ermöglichen.

Es ist kein Wunder, daß der Beschluß Ihres Gemeinderates gerade auch im Ausland als ein Akt demonstrativer Duldung neonazistischer Aktivitäten verstanden wird.



Der niederländische Außenminister Hans van den Broek hat am 8. März vor dem Abgeordnetenhaus der Niederlande im Namen seiner Regierung Ihren Beschluß bedauert. Zwölf der dreizehn im dortigen Parlament vertretenen Parteien sowie 149 Abgeordnete haben ihre Regierung aufgefordert, bei der Bundesregierung in Bonn nicht nur energischen Protest gegen das Treffen in Oberaula einzulegen, sondern auch den Abscheu des niederländischen Parlamentes zum Ausdruck zu bringen.

Ich fordere Sie eindringlich auf, Ihre Entscheidung zurückzunehmen und erwarte von den Kommunalpolitikern aller Parteien Ihrer Gemeinde, daß sie aus Gründen des demokratischen Anstandes alles tun, um dieses Treffen ehemaliger SS-Angehöriger zu verhindern.

Es reicht aus den oben dargelegten Gründen nicht aus, daß Zeitungsberichten zufolge in diesem Jahr Ihre Gemeinde kein "Grüßwort" mehr an die "Urlaubergemeinschaft" richten wird und daß sich der örtliche Schützenverein mittlerweile weigert, deren Bewirtung sicherzustellen. Abgesehen, daß beide Tatsachen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten angesichts des Selbstverständnisses und der Zielsetzung dieser Art von Traditionstreffen, können sie nur ein allererster Schritt in die richtige Richtung sein.

Zum Abschluß möchte Ich noch Rabbi Lilienthal zitieren, ein Mitglied der jüdischen Gemeinde in Amsterdam, das am 21. Mai 1983 in einem Interview zu einem Treffen ehemaliger SS-Angehörigen gesagt hat: "Wenn hier nun eine Stadt, ein Bürgermeister, eine Stadtverwaltung, eine Bundesregierung, wenn alle zulassen, daß so etwas geschieht, und es keinen Protest dagegen gibt, dann werden solche Ereignisse im Land toleriert. Das kann denen, die entsprechende Neigungen haben, ein Signal geben, daß so etwas wieder gestattet sei."

Ich hoffe sehr, von Ihnen eine Antwort zu erhalten und zu erfahren, wie Sie sich verhalten wollen.

(-/22.3.1984/ks/rs)

+ + +

